

## Infrastruktur

### Dobrindt fehlen mehrere Milliarden

Die Finanzierung des Bundesverkehrswegeplans 2030, den Ressortchef Alexander Dobrindt (CSU) in dieser Woche vorgestellt hat, ist noch nicht abschließend gesichert. In den kommenden 15 Jahren sollen rund tausend Projekte zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur realisiert oder zumindest begonnen werden. Dadurch entstehen Kosten von mindestens 227 Milliarden Euro. Aus der bisherigen Finanzplanung

und ihrer Fortschreibung bis 2030 ergibt sich jedoch ein durchschnittlicher jährlicher Fehlbedarf von rund 800 Millionen Euro. Als gesichert können bis 2030 nur Haushaltsmittel in Höhe von 133 Milliarden Euro und weitere rund 82 Milliarden Euro aus der Nutzerfinanzierung wie der Lkw-Maut gelten. Daraus ergibt sich ein Fehlbetrag von zwölf Milliarden Euro. Verkehrsminister Dobrindt setzt darauf, dass sein Haushalt künftig weiter wächst. Allerdings ist absehbar, dass viele Projekte viel teurer werden als derzeit veranschlagt. *bö*

## Luftfahrt

### Qatar pocht auf mehr Flugrechte

Zwischen der Bundesregierung und dem Emirat Katar bahnt sich ein Konflikt um das seit 1996 bestehende Luftfahrtabkommen an. Die nationale Fluglinie des Golfstaats, Qatar Airways, fühlt sich gegenüber Emirates und Etihad benachteiligt und fordert mehr Einflugrechte – bislang vergebens. Firmenchef Akbar Al Baker erwägt deshalb, die Bundesregierung zu verklagen. Der zweitgrößte Golfcarrier fliegt in Deutschland bislang nur

Berlin, Frankfurt und München an. Al Baker würde die Flugfrequenzen gern aufstocken und zusätzlich auch Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart ansteuern. Doch das Bundesverkehrsministerium, klagt er, lasse ihn immer wieder abblitzen und verweise ihn an die Brüsseler EU-Kommission. Die sei dafür jedoch gar nicht zuständig. Im Bundesverkehrsministerium heißt es, man setze auf ein geplantes, übergreifendes Abkommen zwischen den EU-Staaten und den wichtigsten arabischen Ländern. Diesen Verhandlungen wolle man nicht vorgreifen. *did*



JENS BÜTTNER / DPA

Bauarbeiten an Autobahnkreuz

## Tarifrunde

### Schäuble gegen zu hohes Lohnplus

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mischt sich in die aktuelle Tarifrunde ein und warnt vor zu hohen Abschlüssen. „Wir befinden uns jetzt in unserer Lohnentwicklung deutlich über dem Produktivitätszuwachs“, sagt Schäuble in einem Interviewbuch mit seinem französischen Amtskollegen Michel Sapin, das nächste Woche veröffentlicht wird. „Wir müssen jetzt aufpassen, dass

wir nicht in fünf Jahren von Frankreich kritisiert werden, wir seien wirtschaftlich nicht mehr genügend kompetitiv.“ Früher hatte Schäuble Arbeitgeber und Gewerkschaften schon einmal zu höheren Abschlüssen ermutigt. „Das ist für einen deutschen Finanzminister ziemlich ungewöhnlich“, bekennt er nun. Den Zustand der Bundesrepublik hält Schäuble offenbar für schlechter als deren Ruf. „Auch Deutschland ist lange nicht in einer so starken Position, wie manche gelegentlich glauben.“ *rei*

## Kommentar

# Wider besseres Wissen

*Gabriels Ministererlaubnis zugunsten Edekas ist irrational.*

Rund 230-mal im Jahr betritt der Deutsche im Schnitt einen Supermarkt, so häufig geht er nicht einmal ins Büro. Die Ministererlaubnis von Sigmar Gabriel für die Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann geht daher alle Verbraucher etwas an. Fast 250 Milliarden setzt die Branche jährlich um, gut 90 Prozent des Markts werden bereits von den „Big Five“ des deutschen Lebensmitteleinzelhandels beherrscht – allen voran Edeka. Trotzdem hat sich der SPD-Chef ausgerechnet auf die Seite des Marktführers geschlagen, allen ausdrücklichen Warnungen von Bundeskartellamt, Monopolkommission und Verbraucherschützern zum Trotz. Dass er sich dabei auch noch für seinen „innovativen Ansatz“ lobt, nicht nur Arbeitsplätze zu retten, sondern auch deren Qualität zu verbessern, ist schon fast Hohn. Zum einen hat Gabriel zwar Bedingungen wie Arbeitsplatzergänzung und Tarifbindung formuliert. Deren Einhaltung zu überwachen, überlässt er aber den

Gewerkschaften. Und der Rechtsstreit, den die Entscheidung nach sich ziehen wird, bedeutet für die Mitarbeiter von Kaiser's Tengelmann noch monate-, wenn nicht jahrelange Unsicherheit. Außerdem hat der Wirtschaftsminister die anderen Leidtragenden seiner Entscheidung vergessen: die Lieferanten und die Verbraucher. Edeka hat sich 2005 die Spar-Supermärkte und deren Discounter Netto einverleibt und zuletzt 2009 mehr als 2000 Plus-Filialen geschluckt. Der Druck, den der Konzern schon heute auf Lieferanten und Produzenten ausübt, ist enorm, Edeka diktiert Lieferbedingungen und Preise, das kostet Arbeitsplätze und Qualität. Man muss kein Monopolexperte sein, um zu ahnen, dass das am Ende zu Lasten der Verbraucher gehen wird. Sei es durch Preistreiberei oder gleichgeschaltete Sortimente. Warum sich Gabriel trotzdem für die Fusion entschieden hat, entzieht sich allen rationalen Argumenten. *Simone Salden*